



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

BBU: BEIM KLIMASCHUTZ WIRTSCHAFTLICHKEIT NICHT VERNACHLÄSSIGEN

06.08.2007 Fachinformation

Die Wohnungswirtschaft der Hauptstadtregion besteht darauf, dass in der Klimadebatte die Wirtschaftlichkeit der geforderten Maßnahmen nicht aus den Augen verloren wird. Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU), unterstrich in Berlin, dass Mietkürzungen als Instrument des Klimaschutzes inakzeptabel seien. "Hier würde willkürlichen Mietkürzungen Tür und Tor geöffnet. Jeder Mieter, der aufgrund seines Verbrauchsverhaltens eine hohe Betriebskostenabrechnung hat, könnte dann erstmal die Miete mindern. Das ist nicht hinnehmbar und untergräbt die Rechtssicherheit für die Vermieter." Tatsächlich erweise der Bundesumweltminister dem Klimaschutz mit seinem Vorschlag einen Bärendienst. "Wer zu Mietminderungen auffordert, nimmt den Wohnungsunternehmen die Mittel für ihre Investitionen", so Burkardt. Burkardt: "Es hat sich gezeigt, dass mit Anreizsystemen sehr gute Erfolge erzielt werden konnten. Dieser Weg muss weiter beschritten werden. Gesetzliche Vorgaben, oder gar eine amtliche Ermächtigung zu Minderungswillkür, sind kontraproduktiv." Die 365 BBU-Mitgliedsunternehmen hätten seit 1991 mehr als 36 Milliarden Euro in ihre Bestände in Berlin und Brandenburg investiert. "Das ist ein Beleg dafür, dass die Wohnungswirtschaft die Herausforderungen aus steigenden Energiepreisen und Klimawandel angenommen hat." Die Wohnungswirtschaft der Hauptstadtregion habe durch diese großen Anstrengungen dafür gesorgt, dass die durchschnittlichen Betriebskosten für ihre gut zwei Millionen Mieter unter dem Stand von 1995 lägen. Seit 1991 sei der Heizenergiebedarf der Bestände im Schnitt um gut 20 Prozent gesunken. "Die CO₂-Emissionen sind in dieser Zeit sogar um über 20 Prozent zurückgegangen." Unter dem Dach des BBU sind 365 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die von den BBU-Mitgliedern verwalteten ca. 1,11 Millionen Wohneinheiten stellen 41 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und 49 Prozent der Mietwohnungen in Brandenburg dar. Hier wohnen rund zwei Millionen Mieterinnen und Mieter.

<https://bbu.de/beitraege/bbu-beim-klimaschutz-wirtschaftlichkeit-nicht-vernachlaessigen>